Gemeinsame Sitzung der Fachausschüsse „Bildung, Kultur, Integration und Sport“ und „Soziales, Jugend, Gesundheit und Inneres“ des Stadtteilbeirates Gröpelingen
Protokoll vom 12.02.2014

Sitzungsort:	Ortsamt West, Waller Heerstr. 99, 28219 Bremen		XI/01/14 (Bildung)
Beginn:	18.30 Uhr	Ende: 21.15 Uhr	XI/02/14 (Soziales)

Es sind folgende Ausschussmitglieder anwesend:

Bildung:

Bernd Brejla
Norbert Holzapfel (Vertretung)
Nils Janssen
Adedipo Ogunyena
Martin Reinekehr
Petra Wontorra
Hanspeter Halle

Soziales:

Marion Bonk
Aftab Chand
Norbert Holzapfel
Ursula Neke
Barbara Wulff
Bernd Schwertfeger

An der Teilnahme sind verhindert:

Halime Cengiz
Gabriele Yardim

Als Gäste können begrüßt werden:

Petra Rannenberg-Schwerin / KiTa Auf den Hunnen
Ute Lankenau / KiTa Am Nonnenberg
Ulrike Kleinert / KiTa Schwarzer Weg
Christine Jacob / KiTa Pastorenweg
Ulrike Bahr-Gräber / KiTa Am Kammenberg
Anke Müller / KiTa Halmerweg
Gesa Lehmhus / KiTa St. Nikolaus
Frau Kniel, Katharina Kamphoff / KiTa ev. Kirche Gröpelingen und Oslebshausen
Franziska Görlich, Edith König / AWO Bremen

Als Tagesordnung wird vorgeschlagen:

TOP 1: Beschluss der Tagesordnung

TOP 2: Genehmigung der Protokolle Nr. XI/06/13 (Bildung) vom 04.12.2013 und XI/01/14 (Soziales) vom 22.01.2014

TOP 3: „7 Punkte für eine bessere frühkindliche Bildung in Gröpelingen“ – Gemeinsames Positionspapier aller Gröpelinger KiTas
dazu: Petra Rannenberg-Schwerin / KiTa Bremen

TOP 4: Eröffnung der Flüchtlingsunterkunft am Schiffbauerweg: Sachstand der Vorbereitungen
dazu: Edith König, Franziska Görlich / AWO (Leiterin)

TOP 5: Entscheidungsbedarf in Stadtteilangelegenheiten

- Fortführung der Begleitung des Jugendparlaments durch das Lidice-Haus in 2014

- Bericht vom Controllingausschuss am 21.01.2014
- Sachstand Schulturnhalle „Auf den Heuen“
- Satzungsentwurf des Jugendparlamentes Gröpelingen
- Oberschule Im Park
- QBZ: Fortgang des Projekts

TOP 6: Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes/Aussprachebedarf

TOP 1: Beschluss der Tagesordnung
Die Tagesordnung wird unter TOP 5 um folgende Punkte ergänzt und anschließend genehmigt:

- Antrag zur Oberstufe
- Sachstand zum Brandschadensfall Schule „Fischerhuder Straße“

TOP 2: Genehmigung der Protokolle
Die o. g. Protokolle werden einstimmig genehmigt.

TOP 3: „7 Punkte für eine bessere frühkindliche Bildung in Gröpelingen“ – Gemeinsames Positionspapier aller Gröpelinger KiTas
Frau Rannenberg-Schwerin und Kolleginnen stellen ihr o.g. Positionspapier vor, das im Ergebnis eines trägerübergreifenden Erfahrungsaustausches entstanden ist (Anlage 1).
Zum einen zielt das Papier darauf, die aktuellen Problemlagen, die sich auf das tägliche Geschäft der KiTa-MitarbeiterInnen im Stadtteil unmittelbar auswirken, öffentlich zu machen, um auf diese Weise auch den Erfahrungsaustausch mit anderen Bildungseinrichtungen, die analoge Schwierigkeiten haben (z.B. den Schulen), zu befördern. Das Thesenpapier, das als „Rotes Warnblinklicht“ verstanden werden soll, zeigt daneben auch mögliche Lösungswege aus den zuvor benannten Problemlagen auf.

Die daraus erwachsenden Kernforderungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen sind: „Gute Ausbildung“ (i.S. von Schulungen/FoBi mit Blick auf neue sprachpädagogische Herausforderungen), Personalaufstockungen und verbesserte Arbeitsbedingungen (teilweise auch räumlich), Reduzierung der Gruppengröße, Ganztagsbetreuung, Elternarbeit und die Verstetigung von Projekten. Dieser soll in einem Beschlussentwurf gebündelt werden, der auf der nächsten Beiratssitzung am 26.02.2014 zur Abstimmung gelangen soll. Im weiteren Verlauf soll erreicht werden, dass die VertreterInnen der KiTas in eine der nächsten Deputationssitzungen eingeladen werden.
Genaueres Zahlenmaterial wird dem OA von den KiTa-VertreterInnen zur Verfügung gestellt.

TOP 4: Eröffnung der Flüchtlingsunterkunft am Schiffbauerweg: Sachstand der Vorbereitungen
Frau König und Frau Görlich (beide AWO) referieren den Sachstand. Die Unterkunft im Gebäude Schiffbauerweg 4 erfährt ihre Erstbelegung zwischen dem 3. und dem 5. März, es werden ankündigungsgemäß 60 Flüchtlinge einquartiert werden. Die Betreuung der Flüchtlinge erfolgt durch Frau Görlich, Sozialpädagogin, und einen Sozialassistenten (beide in Vollzeit).
Die Angebote werden in Abhängigkeit von den eintreffenden BewohnerInnen konzipiert, derzeit sind Herkunft und Familienstruktur der unterzubringenden Familien noch nicht absehbar, mit einer hohen Fluktuation nach Statusgruppen ist zu rechnen.
Der mangelnden Planungssicherheit wegen, wird vom Hause aus keine Kinderbetreuung angeboten werden, Frau Görlich wird aber Kontakt zu den KiTas und Schulen des Stadtteils aufnehmen, Vorbehalte wie deren zusätzliche Aufnahme bewältigt werden kann, werden im Plenum geäußert.

Zur baulichen Situation: Es werden entsprechend den Anregungen des Beirates Gröpelingen auf jeder Etage zwei Küchen eingerichtet werden.

TOP 5: Entscheidungsbedarf in Stadtteilangelegenheiten

Antrag zur Oberstufe
Im Vorgriff auf einen gemeinsamen Antrag mit Findorff und Walle wird über den vorliegenden Antrag (Anlage 2) im Gröpelinger FA-Plenum abgestimmt: Zustimmung.
Er soll unter dem TOP „Berichte aus dem Beirat" in der kommenden Beiratssitzung am 26.02.2014 der Öffentlichkeit z.K. gegeben werden. Ein entsprechendes Unterstützungsschreiben des Bremer Rates für Integration soll diesem zur Bekräftigung beigefügt werden.

Stundenzuweisungen
Bericht von Herrn Reinekehr: Das Defizit an der Oberschule Helgolander Straße ist entschärft, es wurden Lehrkräfte nachgesteuert. Bezüglich der GSW gab es nach Auskunft der Elternvertretung ein Gespräch mit der Bildungsbehörde. Danach konnte die Behörde keine Perspektive aufzeigen, die verbliebenen 15 Minusstunden aufzufangen, mit der Folge, dass die Wahlmöglichkeiten herabgesetzt sind und die verbleibenden Kurse höhere Schülerzahlen aufweisen. Die Schulleitung hat aus dem schuleigenen Halbjahresbudget, welches eigentlich für Kurzzeitvertretungen vorgesehen ist, drei Lehrkräfte aus der Stadtteilschule gewinnen können, um das Stundendefizit auszugleichen.
Der geäußerten Bitte um Berichterstattung an die Senatorin wurde bereits durch den Beschluss, der auf der gemeinsamen Sitzung der Bildungsausschüsse Wa/Fi/Grö am 04.12.2013 gefasst wurde, Rechnung getragen. Dieser wird auf der kommenden Beiratssitzung am 26.02.2014 noch einmal öffentlich gemacht werden.

Sachstand zum Brandschadensfall Schule „Fischerhuder Straße"
Auf Anfrage zu den Folgen des Brandschadensfalls am Schulgebäude in der Silvesternacht wird mitgeteilt, dass eine Teilmodernisierung im Vorwege offenbar Schlimmeres verhindert hat. Wäre der Brandschutz nicht verbessert worden, wären die Auswirkungen mutmaßlich gravierender gewesen wären.
Herr Schweizer/TURA macht darauf aufmerksam, dass bislang in den beiden Turnhallen des Schulgebäudes das gesamte Tischtennisangebot des Vereins abgedeckt wurde, im Zuge des Brandes allerdings sämtliche Einrichtungsgegenstände vernichtet wurden bzw. unbrauchbar geworden sind (Wert ca. 10.000 Euro). Ein Antrag auf Mittel zum Neukauf von Tischtennisplatten wurde beim Sportamt eingereicht. Die Versicherung der Schule tritt nicht zur Entschädigung ein.

Fortführung der Begleitung des Jugendparlaments durch das Lidice-Haus in 2014
Einstimmiger Beschluss nach kurzer Aussprache: Die Zusammenarbeit wird im Jahr 2014 fortgesetzt.

Bericht vom Controllingausschuss am 21.01.2014
FA-Sprecherin „Soziales" berichtet von der CA-Sitzung am 21.01.2014. Im „Anpassungskonzept Jugendarbeit" ergibt sich danach eine Deckungslücke i.H.v. 26.471,00 Euro gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Sie resultiert bei gleichgebliebenen Haushaltsanschlägen aus tarifbedingten Kostensteigerungen im Personalbereich, vor allem aber aus Mehraufwendungen bei den Energiekosten.
Abgesehen von der Überbrückung des akuten Engpasses, soll mittelfristig eine „Zukunftswerkstatt" unter Einbeziehung der sozialen Fachbehörden ins Leben gerufen werden, die sich die Planung einer langfristig tragfähigen Finanzierung für die Einrichtungen des Westens zur Aufgabe stellt.

Die Entwicklung wird insgesamt als sehr unbefriedigend empfunden und in der Konsequenz der Gedanke geäußert, als Beirat aus dem CA auszuscheiden, da es als problematisch angesehen wird in diesem Zusammenhang ohne echte eigene Einwirkungsmöglichkeiten für die Folgen einer als verfehlt empfundenen Mittelsteuerung „haftbar" gemacht zu werden.

Sachstand Schulturnhalle „Auf den Heuen"
Lt. Auskunft der Bildungsbehörde wird die Vorbereitung einer Sperrung der alten Halle in der 43. KW, mit Beginn der Herbstferien 2014 erfolgen. Die Fertigstellung der neuen Sporthalle ist zu Beginn des Schuljahres 2015/16 anvisiert.
Das Plenum der FAe nimmt davon Kenntnis.

Satzungsentwurf des Jugendparlamentes Gröpelingen
Der nunmehr überarbeitete Satzungsentwurf soll auf der kommenden Beiratssitzung zur Verabschiedung gelangen.

Oberschule Im Park
Lt. Auskunft von Frau Wontorra liegt die Auswahl der Neubau-Entwürfe für die OS Im Park nunmehr ein Jahr zurück, ohne dass zwischenzeitlich ein Fortschritt zu verzeichnen gewesen wäre. Gleichwohl ist der Bedarf an weiterem Schulraum gegeben, die Schulleitung nahm eine Zusammenkunft mit Beirats- und Bürgerschaftsabgeordneten wahr, das hauseigene Konzept, das die Unterrichtung von acht Kindern mit anerkannten Förderbedarf zusammen mit zehn „regulären" SchülerInnen vorsieht, vorzustellen. Die Frage von Seiten der Schule, wann das Projekt in Lauf gesetzt wird, wird in der Bildungsdeputation am 13.02. 2014 erörtert werden.
Das Plenum der FAe nimmt davon Kenntnis.

QBZ: Fortgang des Projekts
Frau Wontorra erstattet Bericht vom Fortgang des Projekts: Ein Antrag auf Fördermittel „Wohnliche Stadt" wurde abgelehnt, von denen das geplante Atelier für Literalität finanziert werden sollte. Das OA wird Kontakt zu Herrn Behnecke und Herrn Liffers aufnehmen, die Sachlage erörtern und das Thema sodann wieder aufrufen.
Das Plenum der FAe nimmt davon Kenntnis.

TOP 6: Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes/Aussprachebedarf
Es liegen keine Mitteilungen vor.

Vorsitzende

Sprecherin Bildung

Protokoll

Sprecherin Soziales

Anlage 1

7 Punkte für eine bessere frühkindliche Bildung in Gröpelingen (Arbeitstitel)
Gemeinsames Positionspapier aller Gröpelinger KiTas

Stand: 6. Juni 2013

Warum dieses Papier?

Der Strukturwandel hat Gröpelingen in den vergangenen Jahrzehnten tiefgreifend verändert und mit dem Stadtteil auch die Situation in den verschiedenen Einrichtungen. Erwerbslosigkeit, soziale Exklusion, gesunkene Kaufkraft und fehlende Perspektiven in den Familien haben die soziale Entmischung der Gebiete vorangetrieben. Die daraus entstehende räumliche Konzentration benachteiligter Haushalte verursacht einen sich selbst verstärkenden Effekt, so dass das *benachteiligte* Quartier zugleich zu einem *benachteiligenden* wird.

Da in Deutschland die Bildungschancen von Kindern nach wie vor stärker als in anderen Industrieländern mit der sozialen Herkunft zusammenhängen, führt diese Situation dazu, dass Kinder aus Gröpelingen ihre Bildungslaufbahn mit schlechteren Chancen starten als Kinder aus wohlhabenderen Quartieren.

Die Häufung von Problemlagen im Stadtteil und in den einzelnen Familien bleibt auch für die Arbeit der Gröpelinger Kitas nicht folgenlos. Die Kitas im Stadtteil beobachten teilweise seit vielen Jahren negative Entwicklungen. Auch Studien und wissenschaftliche Untersuchungen zum Thema Armut und Benachteiligung untermauern diese Beobachtung. Die sich daraus ergebenden Veränderungen in den Einrichtungen werden aber nicht oder kaum mit entsprechenden Ressourcen unterstützt. Stattdessen werden immer mehr Anforderungen an die Einrichtungen gestellt: mehr Beratungsgespräche mit Eltern, Elternbildungsangebote, Krisenintervention, engere Zusammenarbeit mit den sozialen Diensten, neue Verwaltungstätigkeiten usw.
Vor dem Hintergrund spezifischer Problemlagen und den an sie gestellten Erwartungen geraten die Einrichtungen frühkindlicher Bildung und Betreuung an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit.
Mit diesem Papier benennen wir, die Gröpelinger Kindertagesstätten, die Missstände und schlagen Lösungen vor.

Situation im Stadtteil / Herausforderungen in den Kitas

Der Stadtteil Gröpelingen ist mit rund 35.000 Einwohner_Innen[1] der bevölkerungsreichste im Bremer Westen und mit 19% Bewohnern unter 18 Jahren auch der Stadtteilmit einer besonders jungen Bevölkerung (6.596 Personen). 43 % (15.006 Personen) der Gesamtbevölkerung hat einen Migrationshintergrund, bei den unter 18-Jährigen sind es knapp 70%.

Jeder zweite Gröpelinger unter 18 Jahren lebt in einer "SGB-Bedarfsgemeinschaft", 39 % der Kinder und Jugendlichen beziehen Leistungen nach dem SGB II. Dieser Anteil ist auf Stadtteilebene der höchste in Bremen. Von den Gröpelinger Haushalten bildet etwas mehr als ein Viertel eine Bedarfsgemeinschaft (25,9%), auch hier nimmt der Stadtteil in negativer Hinsicht eine Spitzenposition ein. Vier der fünf Gröpelinger Ortsteile gehören beim Bremer Benachteiligungsindex zu den 25 Ortsteilen mit der größten Belastung.[2]

Materielle Armut in den Familien, Überschuldung, häusliche Gewalt, Suchterkrankungen, sprachliche Barrieren oder Überforderung wirken sich direkt auf die Arbeit in den Kindertagesstätten aus. Die Einrichtungen sehen sich der Herausforderung gegenüber, diese Problemlagen neben ihrem eigentlichen Bildungs- und Betreuungsauftrag auffangen und zunehmend lebenspraktische Unterstützung für die Eltern leisten zu müssen.

Im Folgenden wird an fünf Beispielen verdeutlicht, wie sich die Lebenssituationen und die Problemlagen der Familien auf den Alltag in den Einrichtungen auswirken:

a) Ballung von Armut und Exklusion
b) Überforderung von stark belasteten Familien
c) Situation bulgarischer und rumänischer Kinder und deren Familien
d) Konflikte zwischen verschiedenen Gruppen / Unterschiedliche pädagogische Ideale
e) Besondere Problemlagen / Kindeswohlgefährdung

a) Ballung von Armut und Exklusion

Verfestigte Armut, die z. T. über Generationen „vererbt" wird, führt dazu, dass Kinder in ihren Bildungschancen und Teilhabemöglichkeiten eingeschränkt sind. Aufgrund der schwierigen Lebenslage innerhalb ihrer Familie erhalten sie häufig nicht die Förderung, die sie benötigen, um sich gemäß ihrer Fähigkeiten zu entwickeln und grundlegende Erfahrungen über sich selbst und ihre Umwelt zu machen.

---

[1] Statistisches Landesamt Bremen, Stand: 31.12.2011, URL http://www.statistik.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen65.c.4529.de

Das Bildungs- und Teilhabepaket soll diesem Misstand zwar begegnen, führt aber wegen der bürokratischen Hürden dazu, dass dieser Anspruch nicht ausreichend und nicht von allen eingelöst werden kann. Familienergänzende Angebote, die allen Kindern offen stehen, sind daher sinnvoll, um mögliche herkunftsbedingte Benachteiligungen gar nicht erst entstehen zu lassen bzw. auszugleichen. Hierfür benötigen die Einrichtungen jedoch eine entsprechende Ausstattung und Ressourcen, z. B. um Angebote wie Museumsbesuche oder den Besuch von Kultur- oder Sportveranstaltungen durchführen zu können, die den Kindern Zugang zu einer Welt außerhalb ihres unmittelbaren Umfeldes ermöglichen.

Darüber hinaus wirkt sich der langjährige Bezug von Transferleistungen auch auf die administrative Arbeit der Betreuungseinrichtungen aus. Geringe finanzielle Spielräume und Schwierigkeiten im Umgang mit den komplexen Problemen führen dazu, dass einige Familien überschuldet oder mit der Regelung ihrer finanziellen Angelegenheiten überfordert sind und deshalb z. B. die Kita-Gebühren nicht zahlen (können). Für die Einrichtungen bedeutet dies zusätzliche Arbeit in Form von Gebühreneinzugs- und Mahnverfahren. Die hierfür aufgewandte Zeit fehlt dann letztlich für den pädagogischen Auftrag.

b) Überforderung von stark belasteten Familien

Materielle Armut schränkt nicht nur wie oben beschrieben die Bildungs- und Teilhabemöglichkeiten ein, sondern geht in der Regel mit weiteren Problemlagen einher, wie z. B. häuslicher Gewalt, Suchtproblematiken, Überschuldung, psychischen Problemen usw., die wiederum zu einer dauerhaften Stressbelastung in den Familien führen. Die Vielzahl der Probleme verbunden mit einem Gefühl von Überforderung lässt die Erziehungskompetenz mancher Eltern leiden. Den Kitas kommt hier eine Kompensationsfunktion zuteil, um die belastete Eltern-Kind-Beziehung aufzufangen und es dem Kind zu ermöglichen, sich in sozialer, psychischer und physischer Hinsicht bestmöglich zu entwickeln, ein positives Selbstbild aufzubauen und hinsichtlich seiner Resilienz gestärkt zu werden.
Außerdem müssen die Kitas die überforderten Eltern bei der Bewältigung ihrer Lebenssituation und bei lebenspraktischen Angelegenheiten unterstützen, darunter im Umgang mit Behörden, bei der Begleitung zu Banken, Ärzten, Beratungsstellen, beim Ausfüllen von Anträgen und vielem mehr.

[2] SKJF (2009): Lebenslagen im Land Bremen 2009. URL: http://www.soziales.bremen.de/sixcms/media.php/13/Lebenslagen_im_Land_Bremen_2009.pdf, S. 343

c) Situation bulgarischer und rumänischer Kinder und deren Familien

Mit dem Eintritt Bulgariens und Rumäniens in die Europäische Union im Jahre 2007 und der damit verbundenen Freizügigkeit ist die verstärkte Zuwanderung von Einwanderern aus diesen Ländern zu beobachten. Auf der Flucht vor prekären Lebensbedingungen, Stigmatisierung und Diskriminierung in den Herkunftsländern und in der Hoffnung auf einen Aufstieg lassen sie sich u. a. in deutschen Ballungsräumen nieder. Hier finden sie sich jedoch in einer ähnlich prekären Situation wieder, da der Bezug von Transferleistungen an eine vorhergehende sozialversicherungspflichtige Tätigkeit gebunden ist. Unabhängig davon ist eine gesicherte Existenz und Integration auf dem Arbeitsmarkt auch aufgrund fehlender beruflicher Qualifikationen oft selten. Schwarz- und Gelegenheitsarbeiten gegen äußerst geringes Entgelt sind die Folge, ebenso wie eine desolate Wohnsituation und das Vermeiden von Kontakt zu öffentlichen Einrichtungen und Behörden.

Fehlende Deutschkenntnisse und mangelnde Kenntnisse über das deutsche Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsystem sorgen für zusätzliche Barrieren, die den Zuwanderern notwendige Zugänge zu Gesundheitsversorgung, Sprachkursen, Bildungseinrichtungen usw. erschweren.

Die zugewanderten Kinder, die die Gröpelinger Kitas besuchen, haben sich zuvor ausschließlich innerhalb ihrer Familie aufgehalten und müssen sich an die ihnen bislang unbekannte Situation gewöhnen. Die Teilnahme an den Sprachfördergruppen reicht bei fehlenden Deutschkenntnissen nicht zum Erwerb ausreichender Sprachkenntnisse aus, die Kinder benötigen eine darüber hinausgehende Unterstützung in sprachlicher und auch sozialer Hinsicht.

Die hier geschilderten Zustände betreffen nicht nur Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien, sondern alle Migrant_Innen oder Asylbewerber_Innen in besonders prekären Lebensverhältnissen.

d) Konflikte zwischen verschiedenen Gruppen/ Unterschiedliche pädagogische Ideale

In den Kitas treffen Kinder mit unterschiedlichen sozialen, religiösen und kulturellen Herkünften und aus Elternhäusern mit unterschiedlichen Erziehungsstilen und Lebensgewohnheiten aufeinander. Diese Heterogenität kann zu Konflikten unter den Kindern – und auch zwischen den Familien - führen, z. B. wenn Kinder aufgrund ihrer „Andersartigkeit“ ausgegrenzt oder abgewertet werden.

Die Kitas müssen mit diesen Familien in einen intensiven Austausch treten, um Missverständnisse zu vermeiden bzw. auszuräumen und im schlimmsten Fall die Abmeldung des Kindes aus der Einrichtung zu verhindern.

Darüber hinaus ist der Kontakt zu den Eltern nötig, um sich über Erziehungsstile auszutauschen, bestimmte Werte und Normen zu vermitteln und die Möglichkeit zur Reflexion und ggf. Veränderung des Erziehungsstils zu bieten. Geringe oder fehlende Sprachkenntnisse stellen auch hier eine Barriere für eine gelingende Erziehungspartnerschaft dar. Insbesondere bei sensiblen Themen können nur Personen, die der Schweigepflicht unterliegen, eingebunden werden. Dolmetschende Bekannte oder Verwandte einzubinden ist daher nur bedingt sinnvoll.

e) Besondere Problemlagen / Kindeswohlgefährung

Aufgrund der Ballung der prekären Lebenslagen stehen die Einrichtungen vor besonderen Herausforderungen. Zwar sind die einzuhaltenden Wege bei Kindeswohlgefährdung geregelt, aber dies ist nicht hinreichend.

Denn oft beobachten die pädagogischen Fachkräfte weit vor einer akuten Kindeswohlgefährdung Symptome starker Belastung und Anspannung in den Familien, die sich negativ auf die Kinder auswirken. Aufgrund knapper Ressourcen sind aber die Angebote der ambulanten Dienste nicht präventiv einsetzbar, da aufgrund knapper Ressourcen sich diese auf die akuten Fälle konzentrieren müssen.

Die Kitas verfügen aber andererseits auch nicht selbst über die Ressourcen, um den umfangreichen präventiven Beratungs- und Unterstützungsbedarf, der schon weit vor einer akuten Gefährdung anfällt, zu gewährleisten. Die kinderfreie Zeit der Erzieher_Innen ist für die zeitaufwändige Kooperation mit dem ambulanten Dienst und weiteren Einrichtungen nicht ausreichend. Hinzu kommen die psychischen Belastungen der pädagogischen Fachkräfte, für deren Aufarbeitung wiederum die Kapazitäten der Beratungsfachkraft für Kinderschutzfragen im Bezirk nicht ausreichend sind.

7 Punkte für eine bessere Kita in Gröpelingen

Die exemplarisch geschilderten Problemlagen sind für das Personal in den Kitas innerhalb ihres normalen Bildungs- und Betreuungsauftrages nicht zu bewältigen, ohne dass dieser darunter leidet. Die Gröpelinger Kitas haben sich daher auf folgende sieben Punkte verständigt, deren Realisierung notwendig ist, um den Herausforderungen begegnen zu können:

1. Zeitressourcen für die Unterstützung von Eltern und Familien
2. Ausbildung/ Fortbildung von Erzieher_Innen und Leitungen an die neuen Herausforderungen anpassen
3. Zeitressourcen für koordiniertes Arbeiten / Zusammenarbeit mit der Verwaltung optimieren

4. Ressourcen für Supervision, Intervision und kollegiale Beratung
5. Ganztagsbetreuung ausweiten
6. Vielsprachigkeit als Herausforderung
7. Attraktive Arbeitsbedingungen für Erzieher_Innen und andere pädagogische Fachkräfte schaffen

1. Zeitressourcen für die Unterstützung von Eltern und Familien

Die eingangs geschilderten Beispielen haben verdeutlicht, dass das pädagogische Personal in den Einrichtungen zunehmend Unterstützungsleistungen für Eltern erbringen muss, die nur entfernt mit dem Kitabesuch des Kindes zu tun haben:

- Mangelnde Sprachkenntnisse und Analphabetismus erfordern Einzelgespräche, teilweise unter Einsatz einer weiteren Kollegin / eines weiteren Kollegen als Dolmetscher_In.
- Das Kita-Personal ist im Umgang mit Behörden und anderen Einrichtungen behilflich, begleitet zu Banken, Ärzten oder Beratungsstellen, hilft beim Ausfüllen von Anträgen, berät bei der Auswahl geeigneter Sprach- und / oder Erziehungskurse usw.
- Die Kitas sind Ansprechpartner für Ärzte, Therapeuten usw. und sorgen für die Einhaltung von Terminen bei diesen. Darüber hinaus wird das pädagogische Personal auch als Ansprechpartner für die allgemeine Lebenssituation der Familien angesehen, bspw. als Unterstützung bei Eheproblemen oder ähnlichem.
- Die Einrichtungen bemühen sich regelmäßig darum, mit den Eltern Vereinbarungen und Regeln aufzustellen, die auch eingehalten werden, halten telefonischen Kontakt und machen im Bedarfsfall auch Hausbesuche.

Diese Unterstützungsleistungen benötigen zusätzliche zeitliche Ressourcen und sollten zukünftig in den Arbeitsplänen und Ressourcenzuweisungen berücksichtigt werden. Ohne die intensive Arbeit mit den Familien lassen sich die Probleme der Kinder nicht auffangen.

2. Ausbildung/Fortbildung von Erzieher_Innen und Leitungen an die neuen Herausforderungen anpassen

Das Aufgabengebiet der Erzieher_Innen und Leitungen wandelt sich. Insbesondere das Personal in Kitas in benachteiligenden Gebieten benötigt Kompetenzen, um u. a. mit

anderen Erziehungsstilen und – idealen, Sprachbarrieren und multiplen Problemlagen umgehen zu können; bei besonderen Problemlagen wie z. B. bei substituierten Eltern wird ein systematischeres Wissen benötigt.

Der hohe Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund in den Gröpelinger Einrichtungen und sprachliche Barrieren erfordern vom Personal hohe interkulturelle Kompetenz im Umgang mit Kindern und Eltern. Die Aus- und Weiterbildung des pädagogischen Personals sollte sich künftig daran orientieren. Neben diesem Kompetenzerwerb sollte sich das Personal auch auf informellen und non-formalen Wegen mit sozialen und kulturellen Hintergründen von Migrantenfamilien auseinandersetzen. Im Rahmen von Organisations- und Teamentwicklung (u. a. Mitarbeitergespräche), kollegialer Beratung und Supervision können spezifische Fragestellungen gemeinsam besprochen und diskutiert werden. Der Austausch von Erfahrungen und die regelmäßige (Selbst-)Reflektion erweisen sich ebenfalls als hilfreich.

Um diesen Herausforderungen gewachsen zu sein, sind passgenaue Fortbildungen - auch institutionsübergreifend im Stadtteil - notwendig. Themen solcher Fortbildungen müssten sein der Aufbau von mehr interkultureller Kompetenz in den Teams, Fachwissen zu spezifischen sozialen Lagen (z.B. rechtliche und soziale Situation der zugewanderten Romafamilien, Situation junger, aus der Türkei zugewanderter Frauen, Situation der aus verschiedenen afrikanischen Staaten zugewanderten Familien etc.), Fachwissen über die Möglichkeiten der vorschulischen Sprachbildung in mehrsprachigen Familien (auch im Hinblick darauf, wie Schule an Kita anschließt) etc.

Die Bildungssenatorin hat mit dem Programm QUIMS (Qualität in multikulturellen Schulen und Stadtteilen) eine gemeinsame Arbeitsplattform zu solchen Themen für Schulen und Stadtteileinrichtungen aufgebaut. Es wäre wünschenswert, wenn die Gröpelinger Kitas mit Zeitressourcen ausgestattet würden, um sich an diesem Arbeitszusammenhang intensiv zu beteiligen.

3. Zeitressourcen für koordiniertes Arbeiten / Zusammenarbeit mit der Verwaltung optimieren

Die besonderen Problemlagen erfordern eine koordinierte Zusammenarbeit mit Behörden, Ärzten, Beratungsstellen, Familien und anderen Stadtteileinrichtungen. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass Kindeswohlgefährdung verhindert werden soll, steigen die Anforderungen an die Kitas beständig, ohne dass der Mehraufwand mit entsprechenden Ressourcen hinterlegt würde.

Darüber hinaus muss die Kooperation mit den Schulen am Übergang von der Kita in die Grundschule verbessert werden, ebenso wie die jetzt schon oft intensive Zusammenarbeit mit Einrichtungen kultureller Bildung und sonstigen Stadtteileinrichtungen. Die Kitas in Gröpelingen arbeiten zum Beispiel jetzt schon in einem gemeinsamen Arbeitskreis mit den

Gröpelinger Grundschulen zur Verbesserung des Übergangs zusammen. Auch möchten die Kitas im zukünftigen Quartiersbildungszentrum mitarbeiten und Angebote verzahnen.
Der damit verbundene Ressourcenaufwand muss in Arbeitsplänen und Ressourcenzuweisungen gesondert berücksichtigt werden.

Der Verwaltungsaufwand, z. B. durch die blaue Karte ist zum Teil sehr hoch. Vereinfachte Verfahren müssen hier geschaffen werden, um die Arbeitsabläufe in den Einrichtungen zu entlasten.
Neben einer gerechteren, d. h. dem tatsächlichen Aufwand entsprechenden Ressourcensteuerung benötigen die Kitas zudem eine größere Planungssicherheit.

4. Ressourcen für Supervision, Intervision und kollegiale Beratung

Die hohe fachliche, psychische und auch physische Belastung des pädagogischen Personals in benachteiligenden Stadtteilen erfordert eine systematische und umfassende Möglichkeit zur Supervision und strukturierter Fallbesprechung. Denkbar sind hier auch einrichtungsübergreifende Lösungen. Supervision und Intervision sind Beratungsansätze, die Erzieher_Innen in ihrem beruflichen Handeln unterstützen. Während die Supervision von einem Außenstehenden angeleitet wird, wechseln bei der Intervision die Rollen zwischen Beratendem und Berater.
Fragen wie die nach der eigenen Haltung gegenüber den Familien des Stadtteils, besonderen Belastungssituationen, Möglichkeiten erfolgreicher Konfliktlösung etc. lassen sich mit den unterschiedlichen Methoden von Supervision und Intervision oder Kollegialer Beratung klären. In den sozialen Brennpunkten werden Erzieher_Innen oft mit ihren eigenen Wertvorstellungen und Normen konfrontiert, sie haben in ihrem beruflichen Handeln einen großen Einfluss auf die Entwicklung von Kindern. Mit ihrem Verhalten sind sie ein Modell, an dem sich die Mitglieder ihrer Gruppe orientieren. Hier sollte ein ständiges Bewusstmachen eigener Verhaltensweisen eine Voraussetzung für die Tätigkeit sein. Kommunikations- und Konfliktfähigkeit werden immer wichtiger, um schwierige Situationen mit Kindern und in der Zusammenarbeit mit deren Eltern zu bewältigen.
Die Anforderungen an Erzieher_Innen haben sich in den letzten Jahren ständig erweitert. Neben dem ganzheitlichen Bildungsauftrag, sollen die von den Kindern selbst initiierten Lernprozesse begleitet werden, eine frühe Sprachförderung wird gefordert, qualifizierte Elternarbeit, fachliche Kooperation mit Institutionen, Konzeptentwicklung, um nur einige der Anforderungen für Erzieherinnen zu benennen. Hier gilt es die eigenen Möglichkeiten und Grenzen im Blick zu behalten und das komplexe Arbeitsfeld mit Supervisor und/oder Kolleg_Innen konstruktiv und kritisch zu beleuchten und zu reflektieren. Supervision bietet

die Möglichkeit die Rollenvielfalt des Erzieherinnenberufes aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten. Man kann Handlungsalternativen für konkrete Herausforderungen aus dem Alltag der Kindergartenarbeit entwickeln (Fallsupervision), berufsbedingten Stress verarbeiten, zunehmender Überlastung entgegenwirken und so einem Burnout vorbeugen.
Im Rahmen von Gesundheitsförderung für seine Mitarbeiter_Innen sollte jeder Träger im eigenen Interesse finanzielle und zeitliche Ressourcen zur kontinuierlichen Supervision – Intervision – Kollegialer Beratung zur Verfügung stellen.

5. Ganztagsbetreuung ausweiten

Externe Betreuung kann auch für diejenigen Kinder sinnvoll sein, bei denen weder Kindeswohlgefährdung vorliegt, noch deren Eltern aufgrund von Berufstätigkeit auf Betreuungsmöglichkeiten angewiesen sind.
In den frühen Jahren vor der Einschulung finden wichtige Bildungs- und Entwicklungsprozesse statt, die in späteren Jahren nicht mehr oder nur mühsam nachgeholt werden können. Kleine Kinder benötigen ein Umfeld, das sie bei diesen Prozessen unterstützt und ihnen hilft, ihre Umwelt zu verstehen. Dabei kommt der Familie eine hohe Bedeutung zu, zumal verschiedene Studienergebnisse deutlich machen, dass der Bildungserfolg von Kindern nach wie vor stark von ihrer Herkunft abhängt (vgl. u. a. Nationale Bildungsberichterstattung). Betreuung außerhalb der Familie kann dabei helfen herkunftsbedingte Benachteiligungen gar nicht erst entstehen zu lassen bzw. diese aufzufangen und Eltern dabei zu unterstützen ihrer Erziehungsaufgabe gerecht zu werden.
Damit ist eine ganztätige Betreuung insbesondere für Kinder aus belasteten Familien von hoher Bedeutung, um die gleichen Bildungschancen wie Kinder aus unbelasteten Familien zu bekommen.
In Gröpelingen sollte die Möglichkeit zur Ganztagsbetreuung im Vorschulbereich aus den genannten Gründen großzügig eingeräumt und finanziert werden.
Ganztagsbetreuung ersetzt allerdings keine flankierende Familienhilfe.

6. Vielsprachigkeit als Herausforderung

Die mangelnden Deutschkenntnisse vieler Eltern und die Vielzahl der Sprachen in Gröpelingen stellen die Einrichtungen - wie in diesem Papier schon mehrfach erwähnt - vor grosse Kommunikationsprobleme. Für Einzelgespräche mit Eltern oder Elternabende wird entweder eine weitere Person benötigt, um zu dolmetschen oder die Gespräche finden auf sprachlich niedrigem Niveau statt.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen haben sich einige Gelingensfaktoren herauskristallisiert, die zu einer positiven Beziehung zwischen den Familien mit Migrationshintergrund und Einrichtungen führen können: im Elterngespräch sollte zunächst Wissen über das Bildungssystem und die Arbeit in den Kitas vermittelt werden und wie eine Erziehungspartnerschaft zwischen Familie und Einrichtung gelingen kann. Thematisiert werden sollte auch, wie die Mehrsprachigkeit des Kindes gefördert werden kann und welche Bedeutung Sprachkompetenz für den Bildungserfolg hat. Wie sich die Eltern hierbei einbringen und das Kind in seiner Muttersprache fördern können, ist ebenfalls wichtiger Bestandteil des Gesprächs. Auf entsprechende Sprach- oder Alphabetisierungskurse für die Eltern kann in diesem Rahmen ebenfalls hingewiesen werden.

Als hilfreich haben sich weiterhin Plakate mit Grußformeln, Informationsmaterial und Broschüren in mehreren Sprachen erwiesen, die über die Kindertagesbetreuung, die Bedeutung einer frühzeitigen Sprachförderung usw. aufklären, ebenso wie die Einbeziehung der Eltern in die pädagogische Arbeit der Einrichtung.

Eine positive Haltung des pädagogischen Personals gegenüber Mehrsprachigkeit erleichtert den Eltern die Akzeptanz von pädagogischen Maßnahmen und Förderangeboten ebenso wie der unbürokratische Kontakt zu anderen Ämtern und Institutionen, der sich abhängig von der jeweiligen Problemlage immer anders gestaltet.

Um diesen hohen Anforderungen gerecht zu werden, bedarf es mehr Ressourcen für die Fortbildung und Supersion in den pädagogischen Teams der Einrichtungen (siehe Punkt 2 + 4)

Unabhängig von diesen exemplarisch genannten Gelingensfaktoren sind die nachfolgenden Maßnahmen sinnvoll, um der "Herausforderung Vielsprachigkeit" zu begegnen:

- Gezielte "Anwerbung" von BürgerInnen mit Migrationshintergrund für die Erzieherausbildung
- Vermehrte Einstellung von ErzieherInnen mit Migrationshintergrund und nicht-deutscher Erstsprache
- Unterstützung für innovative Mehrsprachigkeitskonzepte (wie z. B. mehrsprachige Elternabende)
- Übersetzerpool im Stadtteil, auf den die Einrichtungen bei Bedarf zugreifen können
- Interkulturelle Qualifizierung der Teams.

7. Attraktive Arbeitsbedingungen für Erzieher_Innen und andere pädagogische Fachkräfte schaffen

Aufgrund des Fachkräftemangels stehen die Einrichtungen in Gröpelingen in Konkurrenz zu Kitas in anderen, weniger belasteten Stadtteilen. Baulich und konzeptionell können die Kitas zwar mithalten, die Fachkräfte sind aber vielfach einer höheren psychischen und körperlichen Belastung ausgesetzt. Seit einiger Zeit bemerken die Gröpelinger Kitas eine Tendenz der qualifizierten und motivierten Fachkräfte, sich in andere Stadtteile zu orientieren.

Wie in den vorherigen Abschnitten bereits aufgezeigt wurde, muss das pädagogische Personal Aufgaben übernehmen, die ihren Betreuungs- und Bildungsauftrag bei Weitem übersteigen, wie etwa aufgrund der vielfältigen familiären Problemlagen Unterstützungsleistungen für Eltern zu erbringen, Kooperationen zu verschiedenen Themen mit anderen Institutionen, Ämtern und Einrichtungen einzugehen, eine Funktion als „Mittler_Innen" des deutschen Bildungssystems gegenüber Migrant_Innen einzunehmen usw.

Angesichts der beobachteten Abwanderungstendenz müssen Bedingungen geschaffen werden, die eine Berufsausübung in Gröpelingen wieder attraktiver machen. Dazu gehören eine schnellere Entfristung der Arbeitsverträge durch die Träger ebenso wie auch die entsprechende Ausstattung in den Einrichtungen und gute Arbeitsbedingungen (wie etwa durch umfangreiche supervisorische Angebote, spezifische auf den Stadtteil bezogene Fortbildungen etc.).

Anlage 2

Die Bildungsausschüsse der Beiräte Findorff, Walle und Gröpelingen mögen Beschließen:

Das Ortsamt wird gebeten, den Klärungsprozess zur Entwicklung des Oberstufenangebotes im Bremer Westen aktiv zu unterstützen und zu einem „Moderierten Runden Tisch" einzuladen an dem die Oberschulen des Bremer Westen sowie die Oberstufen Lange Reihe, Rübekamp und Findorff teilnehmen.

Im Ergebnis dieses Verfahrens soll eine verlässliche Perspektive des Oberstufenangebotes im Bremer Westen vereinbart werden. Ziel der angestrebten Vereinbarung soll es sein, ein möglichst vielfältiges Angebot an Profilen, Kursen und Fächerkombinationen an den Oberstufen, den Schülerinnen und Schülern der Oberschulen im Bremer Westen verlässlich zu bieten.

Dazu sollten ebenfalls Vereinbarungen zur Weiterentwicklung der Kooperation zwischen den Oberstufen sowie die Überarbeitung der Zuordnungsrichtlinien der Oberschulen zu den Oberstufen, im Sinne eines Bildungsraum Bremer Westen, gehören.

Begründung:

Die Neue Oberschule Gröpelingen (NOG) hat den Auftrag eine weitere Oberstufe im Bremer Westen an der NOG einzurichten. Wird die Oberstufe an der NOG realisiert, wird es sehr wahrscheinlich nachhaltige Auswirkungen auf das bestehende Oberstufenangebot im Bremer Westen nach sich ziehen. Sollte die Forderung der NOG nicht umgesetzt werden, besteht die Gefahr das Schülerinnen und Schüler der NOG, der Oberschule im Park sowie der im Aufbau befindlichen Oberschule Ohlenhof, aufgrund der fehlenden Kooperation (Zuordnung) mit Oberstufen keine gesicherte Übergangsgarantie in eine Oberstufe erhalten.

Beide Varianten sind auf der Grundlage der jetzigen Situation für der Schülerinnen und Schüler im Bremer Westen unbefriedigend. Daher ist ein gemeinsamer Klärungsprozess im Sinne der Schülerinnen und Schüler notwendig.